

RUDOLF MOSER

Fragen des lateinamerikanischen Handelsrechts

Heft 1 der Schriftenreihe „Lateinamerikanische Studien“ des Lateinamerikanischen Instituts an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Zürich und St. Gallen 1966, Orell Füssli Verlag, 36 S.

Diese erweiterte Fassung eines Vortrages gibt in knapper Form einen Einblick in die Schwierigkeiten, die sich dem Verständnis fremder Rechtskreise entgegenstellen. Der Verfasser verweist auf die nicht seltene Spannung zwischen Gesetz und Rechtswirklichkeit in Lateinamerika. Neben zum Teil veralteten Kodifikationen, die heute noch gelten, gibt es neue Gesetze, die den bestehenden Zuständen weit voraussehen können. Die Gerichts- und Verwaltungspraxis erlauben es kaum, sich an dem Wortlaut des Gesetzestextes allein zu orientieren. Besondere Schwierigkeiten tauchen im Internationalen Privatrecht auf, da die Wurzeln des Rechts zwar häufig verwandt, jedoch nicht einheitlich sind. Darüber hinaus haben viele Bestimmungen in den einzelnen Ländern im Laufe der Zeit mannigfache Änderungen erfahren. Das wird an Beispielen des Kaufvertrages, der Vollstreckbarkeit ausländischer Urteile und der Schiedsgerichtsbarkeit rechtsgeschichtlich und rechtsvergleichend erörtert.

Hans Jolowicz

A. GUY HOPE

America and Swaraj — The U. S. Role in Indian Independence

Washington, D. C., 1968, Public Affairs Press, VIII, 136 S., \$ 4.50

Die „natürliche“ Solidarität zwischen antikolonialen Bewegungen, bzw. die „natürliche“ Solidarität zwischen nachkolonialen Staaten gehört heute zum Credo der „Dritten Welt“. In diesem Zusammenhang ist es eine höchst interessante Frage, wie sich nachkoloniale Staaten gegenüber antikolonialen Bewegungen in anderen Gebieten und sogar

Kontinenten verhalten. Der erste und älteste nachkoloniale Staat der Neuzeit sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Man weiß, daß sie sich besonders für die Entkolonialisierung eingesetzt haben, vor allem für die Einfügung des Mandatssystems in die Satzung des Völkerbundes und für das Treuhandsystem der Vereinten Nationen. Im Zusammenhang mit der Entkolonialisierung im 20. Jahrhundert wird immer wieder auf die Bedeutung der Vierzehn Punkte Wilsons hingewiesen, insbesondere auf die Rolle, die das von ihm propagierte Selbstbestimmungsprinzip in der antikolonialen Bewegung gespielt hat. Damit ist aber noch nicht klar, welche Stellung die Vereinigten Staaten gegenüber den antikolonialen Unabhängigkeitsbewegungen eingenommen haben. Das Beispiel der amerikanischen Politik auf den Philippinen und die noch ältere amerikanische Chinapolitik nähren den Verdacht, daß das Bekenntnis zur Dekolonialisierung, jedenfalls zeitweilig, nur ein Vorwand für die Ausdehnung des amerikanischen Einflußbereiches gewesen sein könnte. In Frankreich werden solche Theorien gelegentlich vertreten. Eine Klärung dieser Fragen scheint geboten. Gerade deshalb ist die vorliegende Untersuchung über die Rolle der Vereinigten Staaten bei der Unabhängigkeit Indiens zu begrüßen.

Der Verfasser stellt zunächst das amerikanische Interesse an Indien und an der indischen Unabhängigkeitsbewegung dar. Er arbeitet dabei heraus, daß im Vordergrund des Interesses nicht eine antikoloniale Solidarität gestanden hat, sondern vielmehr eine religionswissenschaftlich-orientalistische Beschäftigung mit Indien, die zu einer Hochachtung vor der indischen Kultur führte. Dieses amerikanische Indieninteresse korrespondierte mit den Interessen britischer Orientalisten, die vor allem die Mittler der amerikanischen Kenntnisse über Indien waren. Selbst die Auffassungen über die Möglichkeiten einer Unabhängigkeit Indiens wurden noch im Anfang des 20. Jahrhunderts von Großbritannien übernommen. Der Präsident Theodor Roosevelt war der Ansicht, daß nur durch die